

(Abgeordneter Dr. Löbner.)

(A) und Titel benachteiligt sind, sondern wenn auch nach außen der Eindruck geradezu hervorgerufen wird, als seien sie nicht vollwertig. Vom Herrn Berichterstatter ist darauf hingewiesen worden, daß in der sehr großen Eingabe, die eingereicht worden ist — ich möchte künftige Verfasser von derartigen Eingaben doch dringend bitten, den Abgeordneten gegenüber eine gewisse Schonung zu üben und nicht allzu lange Ausführungen zu geben — darauf hingewiesen wurde, wie unterschiedlich z. B. die Juristen und die in der Gewerbeinspektion beschäftigten akademisch gebildeten Leute fahren. Die ersteren nähmen mit 40 Jahren eine Ratsstelle ein, während in der Gewerbeinspektion einer erst hoch in die 50, ja bis an die 60 herankommen muß; er könne erst mit 60 bis 67 Jahren gewerbetechnischer Rat werden, wenn er nicht vorher in den Ruhestand getreten oder gestorben ist.

Aus solchen Verhältnissen heraus urteilend muß man sagen: Man muß wenigstens dafür sorgen, daß nach außen hin diese Beamten eine Stellung einnehmen, die nicht den Eindruck erweckt, als seien sie minderwertig.

Sie haben vom Herrn Abgeordneten Heldt gehört, wie großen Wert er den Gewerbeinspektionen beilegt. Auch unsere industriellen Kreise müssen Gewicht darauf legen, daß nur tüchtige Leute, mögen sie akademisch gebildet sein wie die Gewerbeassessoren oder mögen sie die

(B) Gewerbeakademie in Chemnitz besucht haben, die uns treffliche Leute geliefert hat, in die Gewerbeinspektionen kommen, und daß das Ansehen der Leute nach außen gehoben wird. Das geschieht aber nicht, wenn sie so schlecht gestellt sind wie gegenwärtig. Ich bekenne mich zu dem, was ich als Gast in der Deputation ausführte, daß die Beamten schlechter als viele Arbeiter gestellt sind.

Ich habe bei dieser Gelegenheit, und ich möchte das auch jetzt wieder tun, darauf hingewiesen, wie schwer die Herren der Gewerbeinspektion bei ihren Reisen auskommen können. Meine Herren! Ich hatte Vertrauensreisen angeregt. Das, was ich für die Gewerbeinspektion gesagt habe, gilt auch für eine Reihe anderer unserer Staatsbeamten, die unter den heutigen Verhältnissen tatsächlich mit den niedrig bemessenen Tagelohnern absolut nicht auskommen können. Es ist notwendig, in dieser Beziehung recht bald etwas zu tun. In Preußen ist der Minister für Handel und Gewerbe in erfreulicher Weise vorgegangen und hat für Dienststreifen Zuschüsse bis zu 30 v. H. der gezahlten Tagelohnsätze als zulässig erklärt, hat auch ausdrücklich bestimmt, daß es nicht allemal eines Nachweises im einzelnen bedarf, sondern daß die Versicherung des Beamten als ausreichend gelten müsse, daß er mit den geordneten Beträgen nicht auskommen

konnte. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß man (C) doch in ähnlicher Weise bei uns in Sachsen sowohl bei den Gewerbeinspektionen als bei anderen Beamten, die Dienststreifen haben, verfahren möchte.

Es ist in dem Bericht die Mitteilung enthalten, daß der Herr Vertreter der Regierung gesagt habe, man habe schon vor dem Kriege das Bedürfnis anerkannt, die Gewerbeinspektionsbeamten in eine höhere Gehaltsklasse einzureihen, der Krieg habe aber die Absicht der Erhöhung vereitelt, und man müsse nun bis nach dem Kriege warten.

Ja, meine Herren, gerade der Krieg mit den Teuerungen, die er herbeigeführt hat, drängt aber dazu, daß man nicht bis nach seiner Beendigung wartet, sondern möglichst vorher damit vorgeht. Die Leute, die vor dem Kriege zu kurz gekommen sind, sind nun während des Krieges erst recht schlecht gefahren. Auch bei den Teuerungszulagen sind sie schlechter bedacht worden als andere. Sie haben weder die laufenden Teuerungszulagen in gleicher Höhe bekommen wie die Beamten, die schon in höheren Gehaltsklassen waren, noch ist bei dem Wohnungsgelde usw. Erhöhung eingetreten. Ich möchte dringend bitten, doch nicht zu warten bis nach dem Kriege, sondern allermindestens im nächsten Etat einen Betrag einzustellen, der die Gewerbeinspektionsbeamten auf eine Höhe bringt, die den Gehältern entspricht, die andere akademisch gebildete Beamte unter ähnlichen Verhältnissen beziehen. (D) Ich halte den Weg, den die Deputation gewählt hat, daß sie dabei nicht unterscheidet zwischen Gewerbeassessoren und gewerbeakademisch gebildeten Leuten, für den richtigen. Ich würde mich freuen, wenn die „Chemnitzer“ dabei höher kämen, als sie sonst vielleicht gekommen sein würden.

Meine Herren! Ich habe sachlich eine Reihe von Fragen noch zu behandeln, die zum Teil durch den Herrn Abgeordneten Heldt mir nahegelegt worden sind. Der Herr Abgeordnete Heldt hat Gewicht darauf gelegt, daß der Arbeiterschutz immer mehr ausgebildet werde. Er hat darauf hingewiesen, wie wünschenswert es sei, daß von der Industrie und von den Berufsgenossenschaften darauf hingewirkt werde, daß die Erzeuger der Maschinen angehalten würden, alle Maschinen, die bestellt werden, mit Schutzvorrichtungen zu liefern. Die Voraussetzung für die Erfüllung dieses Wunsches ist, daß die Maschinen-erzeuger tatsächlich wissen, welche Vorschriften denn für die betreffenden Maschinen als Unfallverhütungsvorschriften gelten, und dazu wieder ist nötig, daß die verschiedenen Berufsgenossenschaften sich vereinigen, um gemeinsame Vorschriften namentlich für solche Maschinen aufzustellen, die in allen Berufen gleichmäßig gebraucht werden. Nach dieser Richtung hin